



Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund

Arnswaldstr. 28, 30159 Hannover  
Tel. 0511-302850, Fax 0511-3028530  
Internet: <http://www.nsgb.de>  
E-Mail: [nsgb@nsgb.de](mailto:nsgb@nsgb.de)

# Ratsbrief

NSGB-Intern Nr. **02/2005**

31.01.2005

Nachrichten für Bürgermeister/innen, Hauptverwaltungsbeamte/innen und Fraktionsvorsitzende aus dem Bereich des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB)

---

**Der Spruch am Anfang:** Staatshaushalt ist ein Haushalt, in dem alle essen möchten, doch niemand Geschirr spülen will.

## **Windkraft in der Krise**

**Das Stromnetz ist auf den Endausbau der Windenergie offensichtlich nicht vorbereitet.** Das macht das spektakuläre Scheitern der Netzstudie der deutschen Energieagentur (Dena) deutlich. Bekanntlich sollen ab 2020 etwa 20 % der Energie in Deutschland überwiegend auf offener See durch Windkraft erzeugt werden. Zweifel, ob das Stromnetz mit großen Überlandtrassen bis 2020 entsprechend nachgerüstet werden kann, sollten durch die Netzstudie der Dena geklärt werden. Aus bislang nicht bekannten Gründen haben die Verfasser der Studie ihre Untersuchungen auf den Zeitraum bis 2015 verkürzt. Bis zu diesem Zeitpunkt (2015) sollen aber nur maximal 3.000 MW der insgesamt geplanten 20.000 bis 25.000 MW Nordseewindkraft ans Netz gehen. Und schon bei diesem abgespeckten Zeitrahmen ist die Verabschiedung der Netzstudie gescheitert. Dagegen hat die massive Kürzung des Untersuchungszeitraums in der öffentlichen Diskussion bislang noch keine Beachtung gefunden. Weitere Einzelheiten in dem beigefügten Vorabdruck aus „Stadt und Gemeinde 2005 Seite 22. (05/II/1 - Rb 02/05 - 015)

## **NGO**

**Tritt die Novelle zur NGO noch vor Ostern in Kraft?** Davon geht Innenminister Schönemann aus. Der Kommunalminister teilte mit, dass mit einem Inkrafttreten des im Dezember in den Landtag eingebrachten Gesetzentwurfes zur Änderung des nds. Kommunalverfassungsrechts noch vor dem Osterfest 2005 gerechnet werden kann. Schwerpunkt des Gesetzesvorhabens ist neben dem Wegfall von Genehmigungsvorbehalten und Änderungen im Bereich der Frauenbeauftragten die Verlängerung der Amtszeit der Hauptverwaltungsbeamten auf acht Jahre. Angesichts der bevorstehenden Verabschiedung der NGO-Novelle werden seitens des Landes keine weiteren (als die bereits im Gesetzentwurf enthaltenen) Übergangsregelungen für Bürgermeisterwahlen erwogen. (05/IV/1 - Rb 02/05 - 016)

## **Parkgebühren**

**In Lemgo können Parkgebühren auch per Handy bezahlt werden.** Das System soll bereits in Wien erfolgreich praktiziert werden. Damit wird nicht nur die kleingeldlose Zahlung ermöglicht. Erleichtert wird auch die Verkehrsüberwachung durch

städtische Kräfte, die die Zahlung mit einem Handyterminal kontrollieren können. [www.krz.de](http://www.krz.de). (05/II/1 - Rb 02/05 - 017)

### **Gewässerqualität**

**In Deutschland hat sich die Gewässergüte verbessert.** Das ist das Ergebnis einer vorläufigen Bestandsaufnahme, die nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie im März 2005 in Brüssel vorgelegt werden muss. Damit wird das hohe Niveau der Abwasserreinigung in Deutschland bestätigt. Handlungsbedarf wird bei der sog. Gewässerstruktur gesehen. Problematisch könnten in diesem Zusammenhang die Begradigung von Oberflächengewässern und der Einbau von Staustufen sein. Der konkrete Handlungsbedarf könne aber erst festgestellt werden, wenn in den nächsten Jahren Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme aufgestellt worden sind. (05/III/1 - Rb 02/05 - 018)

### **Klärschlamm**

**Die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm wird Mitte 2005 auslaufen.** Entsprechende Ankündigungen des UBA hat es in den vergangenen Jahren wiederholt gegeben. Zwar werde es, so der UBA-Abteilungsleiter Jürgen Hahn auf einer Biomasse-Tagung am 11.11.04, kein direktes Verbot geben; doch würden strenge Grenzwerte, die sich an der Hintergrundbelastung der Böden orientierten, eine Ausbringung ausschließen. Das UBA begründet diese Ansage mit den hohen Konzentrationen aus Schwermetallen, organischen Schadstoffen, Mikroorganismen und hormonellen Substanzen im Klärschlamm. Dabei würden sich Schlämme aus kleinen und großen Anlagen nur geringfügig unterscheiden. Die Ausbringung auf Äckern widerspreche den Zielsetzungen verschiedener rechtlicher Regelungen (z. B. dem Wasserhaushaltsgesetz, dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz und der Düngemittelverordnung). Klärschlamm sei eigentlich überwachungsbedürftiger Sonderabfall und sollte verbrannt werden. Das UBA wolle das Argument nicht gelten lassen, dass Klärschlamm Phosphatdünger ersetze: Die biologische Verfügbarkeit des Phosphors im Klärschlamm werde durch die chemischen Zusätze in der Abwasserreinigung stark eingeschränkt. (05/III/2 - Rb 02/05 - 019)

### **Abwasserkosten**

**Die Abwasserbeseitigung kostet den Bürger täglich 35 Cent.** Im Jahr 2005 muss jeder Bürger mit Abwasserkosten von bundesdurchschnittlich rund 128 € rechnen; was einer täglichen Belastung von 35 Cent entspricht. Darauf hat jetzt der Deutsche Städte- und Gemeindebund hingewiesen. In den Gemeinden kann es jedoch erhebliche Abweichungen von diesem Durchschnittswert geben. Denn entscheidend wird die Abwassergebühr beeinflusst durch die Wohn- und Bebauungsstruktur, die Anschlussdichte, den Zustand der Anlagen und die Energiekosten. Nach Einschätzung des Verbandes werden die Abwassergebühren 2005 weitgehend stabil bleiben. (05/III/3 - Rb 02/05 - 020)

### **Elektronisches Lernen**

**Die Schulen in der EU können sich elektronisch vernetzen.** Diese Initiative unter dem Stichwort „E-Twinning“ ist Teil eines Programms zur Verbesserung des elektronischen Lernens in der EU. Nach Angaben der Kommission sind inzwischen 93 % aller Schulen in der EU an das Internet angebunden. Auf jeden PC kämen 15 Schüler. Von den (bislang) in Deutschland beteiligten 19 Schulen kommen 4 aus Niedersachsen (Realschule Barßel, Hauptschule Damme, Christian-Gymnasium Hermannsburg, Inselschule Wangerooge). Informationen über das Schulprogramm können unter [www.etwinning.net](http://www.etwinning.net) abgefragt werden. (05/V/1 - Rb 02/05 - 021)

### Meldewesen

**Der Pilotbetrieb im elektronischen Meldewesen ist gestartet.** Die Samtgemeinde Artland, die Städte Braunschweig, Garbsen, Langenhagen, Melle, Meppen, Oldenburg, Osnabrück, Salzgitter, Hannover und die Gemeinden Großheide und Wendeburg wollen mit dieser bisher einzigartigen Technologie zunächst die internen Abläufe zwischen den Behörden und Rechtsanwälten, Banken, Sparkassen, Versicherungen oder Versandhäusern vernetzen. Die zugrundeliegende Technologie verbindet über bundeseinheitliche Standards die am Markt vorhandenen Fachverfahren für das Meldewesen. Damit können die Kommunen über das Internet Daten sicher austauschen. Das Projekt Moin ist eine Kooperation der Niedersächsischen Datenzentralen mit den kommunalen Spitzenverbänden und wird gefördert vom Land Niedersachsen. Weitere Informationen unter [www.meldewesen.de](http://www.meldewesen.de). (05/IV/2 - Rb 02/05 - 022)

### Autobahnmaut

**Die Autobahnmaut bereitet den Datenschützern Probleme.** Denn es werden nicht nur die LKW's sondern alle vorbeifahrenden PKW fotografiert. Zwar versprechen die Betreiber, dass die dabei gewonnenen Daten der PKW innerhalb kürzester Zeit gelöscht werden. Es würden aber, so die Datenschützer, zumindest vorübergehend mit den PKW-Kennzeichen nicht erforderliche Daten erhoben. Dies widerspreche nach Auffassung von Datenschutzbeauftragten dem Grundsatz der Datensparsamkeit. (05/II/2 - Rb 02/05 - 023)

### City-Maut

**Die City-Maut in London soll steigen.** Jeder, der in London mit dem Wagen ins Zentrum fährt, muss derzeit fünf Pfund (= 7,2 €) zahlen. Dadurch konnte das Verkehrsaufkommen seit Februar 2003 um 30 % verringert und jährlich 80 Millionen Pfund eingenommen werden. Diese Verkehrsabgabe soll nun um 60 % auf 8 Pfund (= 11,6 €) erhöht werden, berichtete die Süddeutsche Zeitung am 1.12.04. (05/II/3 - Rb 02/05 - 024)

### Gastronomie

**Die deutschen Gastwirte haben 2004 abermals einen Umsatzrückgang erlitten.** Hotels indes erzielten steigende Einnahmen. Nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes auf Basis der Daten bis November setzte das Gastgewerbe 2004 nominal etwa 1 %, real sogar 2 % weniger um. Seit 2001 schrumpfen die realen Umsätze der Branche, während Kneipen und Restaurants bis einschließlich November real 3,7 % weniger einnahmen, stiegen die Umsätze von Hotels und Pensionen um 0,9 %. Auch Kantinen und Caterer setzten 0,8 Prozent mehr um. (05/IV/2 - Rb 02/05 - 025)

### Asylbewerber

**Die Zahl der Asylbewerber war in 2004 rückläufig.** Laut BMI wurden von Januar bis November 2004 in Deutschland insgesamt 32.864 Asylanträge gestellt. Gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um 30,3 %. Die Hauptherkunftsländer der Antragsteller in diesem Zeitraum waren die Türkei (3.778 Personen), Serbien und Montenegro (3.521 Personen) sowie die Russische Föderation (2.511 Personen). Als Asylberechtigte anerkannt wurden dabei 1,5 % der Antragsteller, abgelehnt wurden hingegen 63,9 % der Anträge. Während 1,8 % Abschiebungsschutz erhielten, wurden 32,8 % der Anträge anderweitig erledigt. (05/IV/3 - Rb 02/05 - 026)

### Widerspruchsverfahren

**In Niedersachsen ist das Widerspruchsverfahren weitgehend entfallen.** Damit ist der Landesgesetzgeber einer langjährigen Forderung des NSGB nachgekommen. Ausgenommen sind lediglich einige Bereiche, insbesondere im Bau- und Umweltrecht, bei denen am verwaltungsgerichtlichen Vorverfahren festgehalten wird. Somit ist auch im kommunalen Bereich in der Mehrzahl der gemeindlichen Verwaltungsakte der direkte Weg zu den Verwaltungsgerichten eröffnet. Die am 1.1.2005 in Kraft getretene Neuregelung gilt zunächst bis 2009. Zuvor hatten bereits Bayern und andere Bundesländer in Teilbereichen auf das Widerspruchsverfahren verzichtet. (05/IV/4 - Rb 02/05 - 027)

### Strompreise

**Die Strompreise sind zum 01.01.2005 im Durchschnitt um 4,8 % gestiegen.** Von 70 Energieversorgungsunternehmen haben 63 Preiserhöhungen zum 01.01.2005 beantragt. 59 Anträge seien genehmigt worden, wobei lediglich zwölf Anträge unverändert blieben. In 47 Fällen wurden geringere als die beantragten Erhöhungen gestattet. Die übrigen Anträge werden derzeit noch geprüft. Nach Angaben des Nds. Umweltministeriums ergeben sich gemessen an einem Privatkunden mit einem Jahresverbrauch von 3.000 Kilowattstunden Preiserhöhungen zwischen 2,2 und 7 % für die Verbraucher. Für die Stromkunden der KWL bleiben die Preise in 2005 nahezu unverändert (+ 0,2 %), da hier lediglich eine Anpassung der gesetzlichen Belastungen (EEG und KWKG) vorgenommen werden darf. (05/III/4 - Rb 02/05 - 028)

### Wasserwandern

**Der Wassertourismus glänzt mit hohen Zuwachsraten.** Vor diesem Hintergrund hat jetzt das Niedersächsische Wirtschaftsministerium gemeinsam mit Experten aus Wassersportverbänden und Tourismus Empfehlungen für die wassertouristische Infrastruktur in Niedersachsen erarbeitet. Die Empfehlungen enthalten z.B. Höhen-, Längen- und Breitenempfehlungen für Anleger, Hinweise zur Gestaltung von Wasserwanderrastplätzen und zu Einsatz- und Aushebestellen für Boote. (05/II/4 - Rb 02/05 - 029)

### Bleibatterien

**Die EU-Kommission lehnt ein Verbot von Blei und Cadmium Batterien ab.** Damit stellt sie sich gegen das Votum des Europäischen Parlaments. Die Kommission begründete ihre Ablehnung mit den hohen Kosten eines Verbots und der von der Kommission durchgeführten Folgenabschätzung. (05/IV/5 - Rb 02/05 - 030)

**Die Niedersächsische Gemeinde** (DNG) enthält in der Ausgabe Nr. 1/2005 u.a. folgende Beiträge: Das Stromnetz - der Flaschenhals des neuen Energiezeitalters - Stromausfälle vorprogrammiert?; Neue Gebietsstrukturen im Wendland?; Modernisierung des Energiewirtschaftsrechts; Patenschaften für Waisenkinder; Flächenverbrauch und Zukunft der Innenstädte. Mit rund 14.000 Exemplaren ist die DNG eine der auflagenstärksten Kommunalzeitschriften in Deutschland. (05/V/3 - Rb 02/05 - 031)

### Neuer Termin für die Mitgliederversammlung 2005

Die Mitgliederversammlung des NSGB findet am 2. September 2005 in Cloppenburg und nicht wie ursprünglich vorgesehen, am 31. August 2005 statt. Im Mittelpunkt steht eine Ansprache von Ministerpräsident Christian Wulff. (05/V/4 - Rb 02/05 - 032)

**Der Spruch am Ende:** Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Aber wo geht sie hin?